



Lateinamerika als Partner?

Zur deutschen Außenpolitik gegenüber einer Region im Wandel

EDITORIAL

Der US-Regisseur Oliver Stone dreht einen Dokumentarfilm über den venezolanischen Staatschef Chávez, spielt mit dem bolivianischen Präsidenten Evo Morales Fußball und kaut mit ihm Kokablätter... Kein Zweifel, das Interesse von Medien und Öffentlichkeit an Lateinamerika hat deutlich zugenommen. Und das Bild wandelt sich. Weg von traurigen Indio-Kindern, die in bunten Schals und Mützen um eine Patenschaft in den reichen Industrieländern bitten. Hin zu schillernden politischen Persönlichkeiten, die mit neuen politischen Ideen von sich Reden machen. Auch in der internationalen Politik tauchen zunehmend „neue“ Namen auf. Und auf dem letzten G20-Finanzkrise ngipfel in Washington waren immerhin drei Staaten aus Lateinamerika vertreten.

Kein Zweifel, da tut sich etwas. Das Ansehen der alten europäisch-stämmigen Eliten hat Risse bekommen und indigene Bevölkerungsgruppen lassen sich nicht länger marginalisieren. Politischen und wirtschaftlichen Modellen der OECD-Welt stehen sie interessiert, teils auch wohlwollend, aber keineswegs demütig gegenüber. Es ist kein Zufall, dass das neunte Weltsozialforum wieder einmal in Brasilien stattfindet. Aus entwicklungspolitischen Hilfspempfängern oder interessanten Märkten, die sich bestenfalls dazu eignen, gute Geschäfte zu machen, entstehen Staaten, die als außenpolitische Partner wahrgenommen werden wollen - und sich ihres Potenzials durchaus bewusst sind. Deutschland und Europa täten gut daran, diese Entwicklungen weder zu verschlafen noch zu bekämpfen, sondern auf einen regen Austausch und eine gute Zusammenarbeit zu setzen.

Karin Hammer



Eine glückliche Familie? Lateinamerikanische Staats- und Regierungschefs in Costa do Saúpe, Brasilien, im Dezember 2008. Von links: Evo Morales (Bolivien), Lula da Silva (Brasilien), Raúl Castro (Kuba), Hugo Chávez (Venezuela), Michelle Bachelet (Chile), Felipe Calderón (Mexiko), Fernando Lugo (Paraguay). Foto: Presidencia de la República de Chile, <http://www.fotopresidencia.cl>

Jonas Wolff

In der deutschen Politik zeigt sich ein erneutes Interesse an Lateinamerika. Zwar stammt das Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung aus dem Jahr 1995, aber zumindest die Parteien der regierenden Großen Koalition, sprich CDU/CSU und SPD, haben im Mai 2008 neue Lateinamerikastrategien vorgelegt. Bundeskanzlerin Angela Merkel nutzte den EU-Lateinamerika-Gipfel, der ebenfalls im Mai in Lima stattfand, für eine mehrtägige Reise durch die Region. Und Außenminister Frank-Walter Steinmeier verkündete 2006, einmal im Jahr nach Lateinamerika reisen zu wollen. 2006 und 2007 hat er dies immerhin auch umgesetzt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt in seinem neuen

Lateinamerikakonzept, das politische und wirtschaftliche Interesse der Bundesregierung an Lateinamerika „ist groß und nimmt weiter zu“.

Auch in den deutschen Medien ist Lateinamerika mittlerweile etwas präsenter als noch vor ein paar Jahren. Dies liegt nun aber weniger daran, dass die Bundesregierung hier neue außenpolitische Initiativen ergreifen wollte, als primär an den Veränderungen in den Ländern der Region selbst. Auf je unterschiedliche Weise faszinieren Persönlichkeiten wie Evo Morales in Bolivien, das Ehepaar Kirchner in Argentinien, Álvaro Uribe in Kolumbien und natürlich Venezuelas Hugo Chávez nicht nur hiesige Journalisten. Und auch, dass die indigene Mehrheitsbevölkerung Boliviens die Verfassung des Landes umgekrempelt hat, dass Brasilien unter Präsident Lula da Silva als wichtiger Spieler auf der Bühne der großen Weltpolitik auftritt,



Evo Morales, hier zu sehen bei seiner symbolischen Amtseinführung nach vorkolumbianischer Tradition, ist der erste indigene Präsident Boliviens. Bei seinem Amtsantritt vor drei Jahren versprach er die „Neugründung“ Boliviens nach fünf Jahrhunderten Kolonialismus.
Foto: Agencia Boliviana de Información, <http://abi.bo>

und dass sich reihenweise Länder offen mit dem Internationalen Währungsfonds, ausländischen Unternehmen und den USA anlegen, erregt hierzulande eine gewisse Aufmerksamkeit.

Der von diesen Schlaglichtern nur punktuell beleuchtete politische Wandel, der sich gegenwärtig in Lateinamerika vollzieht, lässt sich anhand von drei Trends umreißen:

1. In Lateinamerika vollzieht sich ein partieller Elitenwandel.
2. Nach dem Scheitern des „Neoliberalismus“ befindet sich die Region auf der Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell.
3. Es zeigt sich eine Krise und Transformation der bisherigen lateinamerikanischen Staatenbündnisse. Alte Integrationsprozesse stagnieren, während neue Formen intra- und interregionaler (Süd-Süd-)Kooperation entstehen.

Der vorliegende Text nimmt sich dieser drei Trends an, um nach ihren Folgen für die deutsche Lateinamerikapolitik zu fragen. Ziel ist es also, aus gegenwärtig dominanten Entwicklungstendenzen in Lateinamerika neue Impulse für die Grundausrichtung deutscher Außenpolitik gegenüber Lateinamerika abzuleiten. Denn diese läuft seit Jahren weitgehend „im Autopilot“. Sie konzentriert sich auf Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die Flankierung von Wirtschaftsbeziehungen sowie das Mitwirken an den EU-Bemühungen um biregionale (Handels-)Kooperation. Der gegenwärtige Wandel in Lateinamerika erfordert dagegen ein dezidiert außenpolitisches Engagement

in der Region. Ein solches Engagement sollte sich den benannten drei Veränderungen offensiv stellen. Konkret wird hier vorgeschlagen,

- ♦ dass die politischen Stiftungen, die staatliche EZ, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie der Politische Dialog systematisch dafür genutzt werden, das Spektrum an (potenziellen) Partnern deutscher Außenpolitik in Lateinamerika zu verbreitern;
- ♦ dass Deutschland und Europa mit Lateinamerika einen Dialog als sich gleichberechtigt anerkennende Partner aufnehmen, in dem ordnungspolitische Vorstellungen und Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung gesucht werden; und
- ♦ dass Deutschland und Europa neben dem Dialog mit den alten Staatenbündnissen flexibel und problemorientiert auf regionale und bilaterale Initiativen eingehen, in denen sich je unterschiedliche Gruppen betroffener und kooperationswilliger Staaten zusammenfinden, und Deutschland sein außenpolitisches Profil zumindest gegenüber den wichtigeren Ländern Lateinamerikas schärft.

Die Vorschläge kreisen dabei um die generelle These, dass gegenüber dem gegenwärtigen Lateinamerika eine veränderte Haltung angezeigt ist, die die Länder der Region weniger als entwicklungspolitische Hilfsempfänger und interessante Märkte denn als außenpolitische Partner behandelt. So unterschiedlich die Länder der Region sind und so richtig ein fortgesetztes entwick-

lungspolitisches Engagement angesichts der drastischen Wohlstandsdisparitäten auch sein mag, so wenig angemessen ist doch die Idee, Lateinamerika sei eine Region, der man auf dem Weg einer „unsere“ Erfahrungen nachholenden Entwicklung behilflich ist (und die nebenbei von Interesse für deutsche Exporte und Investitionen ist). In der Entwicklungspolitik gehört – aller partnerschaftlichen Rhetorik von Zusammenarbeit und *ownership* zum Trotz – ein gewisser Paternalismus zur Betriebslogik. Der Anspruch, vor allem helfen zu wollen, prägt aber die deutsche Lateinamerikapolitik in ihrer Gesamtheit. Es geht also nicht um ein Plädoyer für einen Wandel von Entwicklungs- zu Außenpolitik, sondern um Veränderungen in Haltung und Grundausrichtung, die das generelle Auftreten der Bundesregierung gegenüber Lateinamerika betreffen. In diesem Sinne konzentriert sich der vorliegende Standpunkt auf die deutsche Außenpolitik und diskutiert das wichtige Feld deutscher Entwicklungspolitik lediglich aus außenpolitischer Perspektive, d.h. in seiner Relevanz für die Außenpolitik.

Analoges gilt mit Blick auf das Verhältnis deutscher und europäischer Lateinamerikapolitik: Vieles, das im Folgenden diskutiert wird, gilt sowohl für Deutschland als auch für Europa bzw. die Europäische Union (EU) im Ganzen, im Zentrum des Interesses steht hier aber die nationale Perspektive. Dem liegt die Ausgangsüberlegung zugrunde, dass die EU lediglich in ausgewählten Sektoren – insbesondere der Außenhandelspolitik – eine eigenständige deutsche Politik tatsächlich ersetzt. In Bereichen wie der EZ verhält sie sich komplementär zu einer nach wie vor existierenden nationalen Politik. Für die allgemeine außenpolitische Gestaltung der Beziehungen zu den einzelnen Ländern Lateinamerikas aber bleibt die jeweilige nationale Außenpolitik auf absehbare Zeit die entscheidende Größe. Von einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik kann hier bis auf weiteres keine Rede sein. Lediglich mit Blick auf diejenigen Formen des Dialogs und der Zusammenarbeit, die nicht mit einzelnen Ländern, sondern mit regionalen Zusammenschlüssen in Lateinamerika ablaufen, ist die EU der primäre Kanal und Ansprechpartner. Wie sich zeigen wird, sind die Perspektiven einer solchen supranationalen Kooperation allerdings auf absehbare Zeit begrenzt.

Lateinamerika im Wandel – ein Überblick

In den 1980er und 1990er Jahren war Lateinamerika durch einen doppelten Trend gekennzeichnet: politische Demokratisierung und wirtschaftliche Liberalisierung. Mittlerweile sind – mit Ausnahme Kubas – alle Länder zumindest in einem formalen Sinne demokratisch. Zudem durchliefen sie einen mehr oder minder tief gehenden Umbau ihres Wirtschaftsmodells nach dem „neoliberalen“ Dreiklang aus Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung. Diesen nationalen Veränderungen entsprach auf internationaler Ebene ein Trend hin zu regionaler Kooperation nach dem Modell des offenen Regionalismus: Innerhalb Lateinamerikas entstanden Staatenbündnisse, in denen wirtschaftliche Integration auf die Eingliederung in den Weltmarkt ausgerichtet war. Zugleich sollten diese Regionalorganisationen die politische Integration nach innen sowie die interregionale Kooperation nach außen vorantreiben. Lateinamerika schien somit ganz auf eine nachholende Entwicklung gepolt, die in den Grundzügen dem „westlichen“ – und genauer: europäischen – Modell folgte.

Diese Phase endete mittlerweile in Ernüchterung und Unzufriedenheit. Die Kombination aus Demokratie, neoliberalen Reformen und Wirtschaftsintegration erwies sich als unfähig, breitenwirksames Wirtschaftswachstum zu erzeugen und strukturelle Probleme wie Massenarmut und soziale Ungleichheit anzugehen. Die Vorstellung einer relativ homogenen, gerichteten Entwicklung ist seit der Jahrtausendwende einem Bild heterogener, widersprüchlicher Veränderungsprozesse gewichen. Diese bestehen insbesondere in einem partiellen Elitenwandel, der Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell sowie der Krise und Transformation regionaler Kooperation.

Aufstieg neuer Eliten

Den wechselnden Bundesregierungen waren die politischen und wirtschaftlichen Eliten Lateinamerikas in den vergangenen Jahrzehnten relativ gute und verlässliche Partner. Sie haben aber innenpolitisch in zentralen Bereichen versagt und werden

zunehmend innergesellschaftlich hinterfragt. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die „soziale Frage“ – Lateinamerika ist nach wie vor die Weltregion mit der höchsten sozialen Ungleichheit; auch nach Jahren und Jahrzehnten der Demokratie kennzeichneten Massenarmut, informelle Beschäftigung und Arbeitslosigkeit die gesellschaftlichen Verhältnisse. Entsprechend ist über die Jahre die Kritik an den demokratischen Institutionen gewachsen, erodieren die Parteiensysteme, wenn sie nicht offen verfallen (sind). Neue soziale Kräfte – etwa die indigenen Bewegungen in den Andenländern – verlangen politische Mitsprache und sozioökonomische Teilhabe. Politische Außenseiter nutzen die akute soziale Frage, um breite Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren. Im Ergebnis zeigt sich ein heterogener und teils äußerst konfliktreicher Prozess politischen Wandels, der sich u.a. in einem partiellen Elitenwandel ausdrückt:

Neue politische Kräfte, die bisher außerhalb oder am Rand der nationalen Politik standen und die sich auf neu politisierte, zuvor marginalisierte soziale Schichten stützen, drängen ins Parlament und an die Regierung. Wählermehrheiten erklären den „Neoliberalismus“ für gescheitert und wählen Regierungen, die die skandalösen Ausmaße sozialer Ungleichheit und Massenarmut anzugehen versprechen. Demokratisch gewählte Regierungen treten international mit neuem Selbstbewusstsein und altem Nationalismus auf, verlangen als Partner ernstgenommen zu werden und verweigern sich externen Diktaten. Dabei geht der Wandel der Eliten mit einem – gleichfalls partiellen – Wandel im Demokratieverständnis einher, das partizipative und plebiszitäre Politikmuster gegenüber Institutionen und Verfahren betont.

Deutlichster Ausdruck dieser neuen Eliten ist der politische Aufstieg indigener Organisationen. Indigene Bewegungen und Bewegungsparteien waren in Ecuador im Jahr 2003 kurzzeitig an der Regierung beteiligt und bilden in Bolivien eine wesentliche Stütze der Regierung von Evo Morales. Unabhängig vom Schicksal einzelner Regierungen werden sie in beiden Ländern bedeutende politische Akteure bleiben. In weiteren Ländern mit hohem Anteil indigener Bevölkerungen (Guatemala, Peru) sind ähnliche Entwicklungen möglich. Auch in Ländern mit zahlenmäßig

Lateinamerikas neues Selbstbewusstsein

Die Zeit Lateinamerikas als Hinterhof der USA und willfähriger Empfänger externer Diktate scheint vorerst beendet. Einige Schlaglichter:

- Als die USA 2003 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Zustimmung zum Irakkrieg drangen, stellten sich ihm nicht nur Schröder, Chirac und Putin entgegen, sondern auch Chile und das – massiv US-abhängige und damals wie heute konservativ regierte – Mexiko.
- Das US-Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA/ALCA) liegt seit 2005 auf Eis. Mit ALBA treibt Venezuela eine offene Alternative voran (siehe Kasten S. 7). Allerdings sind die USA mit dem Abschluss bilateraler und subregionaler Freihandelsverträge (mit Chile, Peru, Zentralamerika), durchaus erfolgreich.
- Ende 2007 gründeten sieben südamerikanische Staaten die Entwicklungsbank Banco del Sur als regionale Alternative zu IWF und Weltbank.
- Nach seiner Wahl zum Präsidenten Ecuadors erklärte Rafael Correa 2007 den Repräsentanten der Weltbank zur „persona non grata“. 2008 verwies Boliviens Evo Morales den US-Botschafter und die US-Drogenbehörde DEA unter dem Vorwurf der Agitation gegen seine Regierung des Landes.
- Als in Bolivien im September 2008 der Konflikt zwischen der Regierung von Evo Morales und der regionalen Opposition offen eskalierte, war es die noch kein halbes Jahr alte Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR), die durch eine gemeinsame und in der Sprache eindeutige Deklaration zu Gunsten der demokratisch legitimierten Zentralregierung die Parteien zurück an den Verhandlungstisch brachte.

kleinen indigenen Minderheiten (Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien) spielen indigene politische Akteure zumindest lokal bzw. themenspezifisch eine Rolle (siehe Tabelle).

Eine deutlich moderatere Form des partiellen Elitenwandels bedeutet die Wahl von Vertretern derjenigen lateinamerikanischen Linken, die durch die politischen Auseinandersetzungen mit den Militärdiktaturen der 1970er und 1980er Jahre geprägt wurde. Dies gilt in Argentinien für Ex-Präsident Néstor Kirchner und seine mittlerweile regierende Frau Cristina Fernández de Kirchner, für Lula da Silva (Brasilien), Michelle Bachelet (Chile), Tabaré Vázquez (Uruguay) und Daniel Ortega (Nicaragua); im März 2009 könnte ein Wahlsieg des Kandidaten der ehemaligen Guerillabewegung Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN), von Mauricio Funes, folgen (El Salvador). In all diesen Fällen geht es nicht um neue politische Akteure, sondern um gesellschaftlich verankerte und politisch organisierte Kräfte und Personen, die mittlerweile von Minderheits- in Mehrheits- und Regierungspositionen gerückt sind.

Wo entsprechend organisierte Kräfte fehlen, zeigt sich ein Aufstieg politischer Außenseiter. Hugo Chávez in Venezuela, zunächst Lucio Gutiérrez, dann Rafael Correa in Ecuador und zuletzt Fernando Lugo in Paraguay gelang es, die ausgeprägte, aber diffuse Unzufriedenheit mit den politischen Parteien, den politischen und wirtschaftlichen Eliten, der markt- und außenorientierten „neoliberalen“ Reformpolitik der 1990er Jahre sowie allgemein mit Armut und sozialer Ungleichheit politisch zu bündeln. Wie die knappen Niederlagen der Präsidentschaftskandidaten Ollanta Humala und López Obrador (beide 2006) gezeigt haben, sind Peru und Mexiko weitere potenzielle Kandidaten für ein solches Szenario. Auch ein „rechtes“ politisches Projekt, das die Frage der (Un-)Sicherheit ins Zentrum stellt, kann in diesem Sinne diffuse Unzufriedenheit bündeln, wie insbesondere Kolumbien (Álvaro Uribe) und Mexiko (Felipe Calderón) zeigen.

Eine Sonderstellung in diesem Bild genießt Kuba, in dem sich mit dem Abgang Fidel Castros ein personeller Wechsel innerhalb der Elite vollzieht, der mit vorsichtigen Schritten wirtschaftlicher und – sehr begrenzter – politischer Öffnung einhergeht.

Land	Jahr	Geschätzte Bevölkerung	Geschätzter Anteil der indigenen Bevölkerung
Argentinien	2002	800.000	2%
Bolivien	2001	5.800.000	55-70%
Brasilien	2000	347.000	0,22%
Chile	2000	1.700.000	7-13%
Costa Rica	2000	63.876	1,7%
Ecuador	2000	4.200.000	35%
El Salvador	1999	732.000	12%
Guatemala	1994	4.945.000	48%
Honduras	1999	500.000	12,8%
Kolumbien	1997	701.860	1,5%
Mexiko	2000	12.700.000	13%
Nicaragua	1999	414.757	9,5%
Panama	2000	285.231	10%
Paraguay	2001	85.674	2%
Peru	2000	9.300.000	47%
Venezuela	1992	316.000	1,8%
Lateinamerika		42.891.398	ca. 10%

Quelle: UNDP 2007: *Democracia/Estado/Cuidanía. Hacia un Estado de y para la Democracia en América Latina*, Lima/New York: United Nations Development Programme, S. 528, Tab. 85. Basierend auf Daten von Cletus Gregor Barié.

Scheitern des Neoliberalismus

Der Prozess voranschreitender wirtschaftlicher Liberalisierung ist vorerst beendet. Das „neoliberale“ Entwicklungsmodell, das in der Region schon als gescheitert galt, bevor die gegenwärtige Finanzkrise auch hierzulande ein entsprechendes Denken zumindest temporär erschüttert hat, wird zunehmend modifiziert und teilweise offen herausgefordert. Der partielle Elitenwandel verbindet sich so mit einer ordnungspolitischen Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell. Mittlerweile wird ein Großteil Lateinamerikas von mehr oder minder „linken“ Regierungen regiert, die ein sozial, entwicklungs- und staatsorientiertes, nationales Projekt des Wandels verfolgen. Das in der Region bekannte Pendel, das sich zyklisch zwischen staats- und binnenorientierten sowie markt- und außenorientierten Politiken bewegt, hat also mal wieder die Richtung gewechselt. Wichtige Elemente sind dabei die Hinwendung zu einer aktiveren Sozialpolitik und insbesondere zu konditionierten Sozialtransfers¹ („Sozialliberalismus“), die Rückkehr eines aktiv in die Wirtschaft eingreifenden und in strategischen Bereichen selbst ökonomische Funktionen übernehmenden Entwicklungsstaates („Desarrollismo“) sowie ein deutlich selbstbewussteres Auftreten gegenüber den wirtschaftlichen Ansprüchen von ausländischen Unternehmen, multilateralen Finanzorganisationen

sowie staatlichen und privaten Gläubigern („Entwicklungsnationalismus“).

Der weltwirtschaftliche Boom agrarischer, mineralischer und fossiler Rohstoffe, der die vergangenen Jahre kennzeichnete und den Rohstoffexporteuren Lateinamerikas zugute kam, verschaffte den meisten Ländern der Region überhaupt erst die Handlungsspielräume für eine solche Suche nach neuen ordnungspolitischen Entwicklungskonzepten. Er verleitet andererseits aber auch zum schlichten Konsum der anfallenden *windfall profits* und damit zum Abbruch der Suche nach ordnungspolitischen Alternativen zu Gunsten eines einseitig rohstoffbasierten Entwicklungsmodells - was sich in Zeiten fallender Rohstoffpreise bitter zu rächen droht.

Das gemeinsame Merkmal, das einen Großteil der Länder Lateinamerikas grundsätzlich kennzeichnet und die Rede vom „Linksruck“ plausibel macht, ist die Betonung der sozialen Ungleichheit als dringlichem Problem, dem durch eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik begegnet werden müsse. In welchen Formen und Ausmaßen hier tatsächlich eine Neuorientierung erfolgt, ist allerdings von Land zu Land sehr unterschiedlich.² In Chile hat das seit fast 20 Jahren regierende Mitte-Links-Bündnis der Concertación das von Pinochet mit Putsch und brutaler Repression durchgesetzte „neoliberale“ Entwicklungsmodell in seinen Grundzügen unangetastet gelassen, seine schlimmsten sozialen Auswüchse aber etwa durch eine aktive Politik der Armutsbekämpfung deut-

lich gemildert. In ähnlicher Weise stehen in Brasilien und Uruguay die Regierungen von Lula und Vázquez für einen Kurs, der die Programmatik makroökonomischer Stabilisierung und „neoliberaler“ Strukturpassung durch eine aktive Sozialpolitik und moderate Umverteilungsmaßnahmen zu modifizieren sucht. Paraguay orientiert sich unter seinem neuen Präsidenten Fernando Lugo vermutlich ebenfalls in diese Richtung – denn Lugos Handlungsspielräume sind angesichts einer fehlenden Parlamentsmehrheit begrenzt. In Argentinien ist die Abkehr vom markt- und außenorientierten Modell der 1990er Jahre, das 2001/2002 in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise zusammenbrach, etwas ausgeprägter. Die Regierung von Néstor Kirchner (2003-2007) ergriff durchaus energische wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Belebung des Binnenmarktes und zur Milderung des von der Krise verursachten sozialen Leids; Kirchner sowie seine Frau und Nachfolgerin Cristina Fernández unterließen es allerdings, strukturelle Änderungen einzuleiten, die die Abhängigkeit Argentiniens vom Agrarexport reduziert, die teils oligopolartigen Wirtschaftsstrukturen aufgebrochen oder über eine progressive Steuerreform systematische Umverteilungsmaßnahmen eingeleitet hätten.

Explizite Projekte der Umverteilung von Macht und Wohlstand verfolgen Bolivien, Ecuador und Venezuela. Mit Blick auf die Bedeutung des Erdöl- bzw. Erdgassektors in allen drei Ländern, stand am Beginn der Regierungen von Evo Morales, Rafael Correa und Hugo Chávez die Rückgewinnung der staatlichen Kontrolle über die Kohlenwasserstoffe sowie der Ausbau der staatlichen Teilhabe an den Gewinnen aus der Gas- und Ölförderung. Zugleich unterscheiden sich die tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesse dieser Länder aber deutlich. In Bolivien geht es insbesondere um die politische Einbeziehung der indigenen Mehrheitsbevölkerung in die Strukturen und Prozesse einer bisher höchst exklusiven Demokratie. In Ecuador versucht Correa, mit einem politischen System zu brechen, das von diversen Partikularinteressen dominiert war. Gleichzeitig will er eine fragile Demokratie stabilisieren, in der seit 1997 kein gewählter Präsident das reguläre Ende seiner Amtszeit erlebt hat. In Venezuela zielte der von Hugo

Chávez nach seiner ersten Wahl 1998 initiierte Veränderungsprozess zunächst noch relativ deutlich auf mehr politische Teilnahme und sozioökonomische Teilhabe marginalisierter Bevölkerungsschichten. Mit den Jahren hat das „bolivarische“ Projekt allerdings zunehmend autoritäre Züge angenommen. Es stützt sich sehr weitgehend auf die Person Chávez und ist abhängig von undurchsichtig und kaum demokratisch kontrollierbar verwendeten Erdöleinnahmen. Die sozialen und emanzipatorischen Ansprüche des „Chavismus“ geraten dabei zunehmend unter Druck, wie nicht zuletzt die Gründung einer sozialistischen Einheitspartei signalisiert.

Hinter den skizzierten allgemeinen Trends zeigt sich also eine wachsende Ausdifferenzierung Lateinamerikas: Nicht nur wächst die Bandbreite politischer Projekte (von Kolumbien bis Venezuela), auch zwischen oberflächlich ähnlich erscheinenden Regierungen (wie zwischen Morales, Correa und Chávez) sind die Unterschiede markant.

Schwäche der alten Staatenbündnisse

In diesem Kontext verändern sich auch die Formen internationaler Zusammenarbeit. Die innenpolitischen Veränderungen spiegeln sich auf internationaler Ebene einerseits in neuen Initiativen regionaler Kooperation. Andererseits bemühen sich die Regierungen um eine Diversifizierung der politischen und wirtschaftlichen Außenbeziehungen, die die Ausrichtung auf die USA, aber auch auf Europa relativiert. Dabei spielt erstens die regionale Kooperation als Sprungbrett zur Weltmarktintegration nur mehr eine begrenzte Rolle. Zweitens – und damit verbunden – geht es kaum um Integration, sondern um die pragmatische Zusammenarbeit im jeweiligen nationalen Interesse; dies schließt die Abgabe nationaler Kompetenzen an supranationale Instanzen weitgehend aus und Prozesse der intraregionalen Wirtschaftsintegration nur selektiv ein. Drittens suchen die Länder Zugang zu externen Handels- und Investitionspartnern mittlerweile primär auf bilateraler Ebene. Neue bzw. reaktivierte Formen der überregionalen Süd-Süd-Zusammenarbeit – etwa im Rahmen der WTO oder der OPEC sowie zwischen Brasilien,

Innovatives Lateinamerika

Jenseits politischer Großwetterlagen zeigen sich im gegenwärtigen Lateinamerika eine ganze Reihe innovativer demokratischer Experimente. Dazu ein paar Stichworte:

- Der Name der südbrasilianischen Hafenstadt Porto Alegre steht für ein innovatives Modell partizipativer Kommunalpolitik, die durch eine direkte Beteiligung der Bevölkerung weltweit für Aufmerksamkeit gesorgt hat. Ähnliche Experimente finden sich auch in einigen von indigenen Bürgermeistern regierten Munizipien Ecuadors.
- Soziale Bewegungen der indigenen Bevölkerung (z.B. in Bolivien und Ecuador), der Landlosen (v.a. in Brasilien) und der Arbeitslosen (in Argentinien) haben in Sachen Empowerment politisch und sozioökonomisch marginalisierter Bevölkerungsgruppen neue Standards gesetzt.
- Umweltpolitisch bemerkenswert ist das „Recht der Natur“, das die neue Verfassung Ecuadors festschreibt. Neue Wege des internationalen Schutzes von Klima und Biodiversität ging Ecuador auch mit dem Vorschlag, auf die Erdölausbeutung in einem sensiblen Nationalpark zu verzichten, wenn sich die „internationale Gemeinschaft“ im Gegenzug an den Verzichtskosten beteilige.
- Insbesondere in den Andenländern lassen sich seit einigen Jahren Versuche der Integration alternativer (Gewohnheits-) Rechtssysteme beobachten, die sich konkret auf die indigene Bevölkerung beziehen, aber auch generelle Lehren für die Transformation des Rechts in multikulturellen Gesellschaften bereithalten.

Indien und Südafrika – dienen gleichfalls nicht dem Ziel der Integration, sondern der strategischen Kooperation im nationalen Entwicklungsinteresse. Das verbindet sich mit dem wachsenden Engagement asiatischer Länder (v.a. China) in der Region. Dies macht es den Ländern Lateinamerikas wiederum möglich, alte Abhängigkeiten (etwa von den USA) zu reduzieren und die eigenen, wirtschaftlichen und politischen Außenbeziehungen auf eine breitere Basis zu stellen.

Grenzen der Kooperation

Die skizzierte Heterogenität des Wandels bedingt, dass die bestehenden Regionalorganisationen kaum supranationale Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit entwickeln. Entsprechendes gilt für neue regionale Initiativen wie ALBA und UNASUR, die insofern quer zu den bestehenden Organisationen liegen, als sie Mitglieder verschiedener Regionalorganisationen vereinen (siehe Tabelle). Angesichts der politischen Ausdifferenzierung steht die Andengemeinschaft (CAN) vor der Zerreißprobe: Venezuela ist bereits ausgetreten, Peru und Kolumbien drängen auf Freihandelsabkommen mit den USA und der EU, Bolivien steht dem entgegen, Ecuador dazwischen. Auch der MERCOSUR ist weitgehend blockiert. Zwar sind begrenzte Fortschritte zu beobachten, wie etwa die Auflage eines Konvergenzfonds (Fonds zur Förderung der strukturellen Konvergenz) Anfang 2007 zeigt. Der Beitritt von Venezuela, die entwicklungsnationalistische Orientierung insbesondere Argentiniens, das Selbstverständnis Brasiliens als regionaler Führungsmacht und globalem Player sowie wirtschaftliche Diversifizierungsstrategien der „Kleinen“ (z.B. Uruguays in Richtung USA) begrenzen die Spielräume wirtschaftlicher Integration deutlich. Von einer mehr als symbolischen politischen Integration kann ohnehin keine Rede sein.

ALBA fungiert im Wesentlichen als Dach je bilateraler Kooperationsvorhaben Venezuelas und steht und fällt mit der Person Hugo Chávez'. UNASUR ist ein potenziell bedeutendes Projekt, das langfristig MERCOSUR und CAN ersetzen könnte. In der jüngsten innenpolitischen Krise Boliviens hat die neue südamerikanische Union ihre Feuertaufe beeindruckend bestanden (sie-

he Randspalte S. 3). Die Gründung eines südamerikanischen Verteidigungsrates, der als sicherheitspolitisches Dialog- und Koordinationsforum der Verteidigungsministerien und der Regierungen dienen soll, ist in Vorbereitung. Und mit der Ende 2007 gegründeten südamerikanischen Entwicklungsbank Banco del Sur zeichnet sich eine interessante Alternative zu den vom „Norden“ dominierten internationalen Finanzinstitutionen ab. Bis auf Weiteres sind von UNASUR allerdings lediglich begrenzte Einzelinitiativen zu erwarten. Eine Abgabe politischer Souveränität an supranationale Gremien bleibt auch im Kontext von UNASUR unabsehbar. Die Regionalorganisationen in Zentralamerika (SICA) und der Karibik (CARICOM) werden weniger durch politisch-ideologische Differenzen blockiert. Dass diese aber gleichwohl auf absehbare Zeit wirtschaftliche Integrationsbündnisse mit dem primären Ziel der Erschließung externer Märkte bleiben, verdeutlicht den in der Region grundsätzlich begrenzten politischen Willen zu einer politischen Integration im Sinne der Abgabe nationaler Kompetenzen. Dies mag man unterschiedlich bewerten, es verweist aber in jedem Fall auf die weiterhin geringen Aussichten auf die Herausbildung supranational handlungsfähiger Regionalorganisationen.

Folgen für die deutsche Lateinamerikapolitik

„Deutschland“ – hier und im Folgenden die Chiffre für den deutschen Staat und seine Regierung – betont regelmäßig sein vitales Interesse an Lateinamerika. Die übliche Begründung ist dabei unmittelbar einleuchtend: Im Vergleich zu Afrika und Asien ist die Region überdurchschnittlich demokratisch, friedlich und stabil; die Länder stehen Europa historisch und kulturell nahe, sind in ihrem Außenverhalten multilateral und am Völkerrecht orientiert. Lateinamerika ist insofern der nächstliegende Partner für die beiden zentralen weltpolitischen Herausforderungen: die Stärkung einer kooperativen und multilateralen Weltordnungspolitik sowie einer auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit orientierten politischen Gestaltung der Weltwirtschaft. Mit Blick auf die Großthemen Umwelt, Klima und Energie sind Möglichkeiten und Be-

darf der Kooperation offensichtlich – man blicke nur auf den südamerikanischen Tropenwald, die Öl- und Gasvorkommen in der Region sowie den gegenwärtigen Boom der Agrartreibstoffe. Schließlich ist die Region wirtschaftlich interessant, gerade in Zeiten knapper Rohstoffe. Im Zuge des Aufstiegs insbesondere asiatischer Ökonomien (v.a. China) sind die Märkte und Rohstoffe aber in wachsendem Ausmaß umkämpft. All dies gilt verstärkt für Brasilien, das sich zunehmend als regionale Führungsmacht und Stabilitätsanker sowie als globaler Spieler etabliert.

Dies ist generell unbestritten, wie etwa ein Blick in die Leitlinien der Bundesregierung für die deutsche Außenpolitik gegenüber Lateinamerika und der Karibik sowie in die neuen Lateinamerikastrategien von Union und SPD zeigt. Es ist aber kaum eine neue Erkenntnis (siehe Randspalte).

Die drei diskutierten Veränderungsprozesse in Lateinamerika machen jedoch klar, dass sich die Lage in Lateinamerika seit den 1990er Jahren deutlich gewandelt hat. Deshalb kann es nicht allein darum gehen, dem wiederentdeckten Interesse an Lateinamerika nun auch ein entsprechendes (letztlich quantitatives) Mehr an Engagement folgen zu lassen. Soll die viel beschworene Partnerschaft mit Lateinamerika mit Substanz gefüllt werden, bedarf auch die qualitative Ausrichtung der deutschen Lateinamerikapolitik einer kritischen Revision. Hierzu sollen die folgenden Überlegungen einen Beitrag leisten.

Einstellung auf den Elitenwandel

Der Elitenwandel stellt die deutsche Außenpolitik vor deutliche Herausforderungen. Mit den Eliten, die das politische Geschehen der 1980er und 1990er Jahre bestimmten, hatte man sich arrangiert, Deutschland und Europa standen ihnen kulturell nahe, und ihre strategische Orientierung lag in zentralen Fragen, etwa der Außen- und Wirtschaftspolitik, auf der offiziellen Linie Deutschlands und Europas. Dies gilt für die „neuen“ politischen Eliten sehr viel weniger. Besonders schwierig sind die Fälle, in denen eine Kombination soziokultureller Fremdheit und politisch-ideologischer Differenzen die Zusammenarbeit deut-

Ausgewählte Regionalorganisationen in Lateinamerika und der Karibik

<p>ALBA (<i>Alternativa Bolivariana para las Américas</i>, Boliviarische Alternative für die Amerikas)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 2005 • Mitglieder: Bolivien, Dominica, Honduras, Kuba, Nicaragua, Venezuela • Von Hugo Chávez initiierte Wirtschaftsgemeinschaft. Als Alternative zum US-amerikanischen Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone konzipiert. Kern von ALBA ist der solidarische Austausch von Gütern und Dienstleistungen (z.B. venezolanisches Erdöl, kubanische Ärzte) und die Kooperation im Energiesektor. • Internet: www.alternativabolivariana.org
<p>CAN (<i>Comunidad Andina de Naciones</i>, Andengemeinschaft)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 1969 • Mitglieder: Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru (Chile 1969-1976, Venezuela 1973-2006) • Assoziiert: Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay, Uruguay • Internationale Organisation der Andenländer mit dem Ziel der umfassenden Integration. Früher: Andenpakt bzw. Andengruppe. Seit 1994 existiert eine (unvollkommene) Zollunion. Die Institutionen (Präsidenten- und Ministerrat, Kommission, Gerichtshof, Andenparlament) sind dem europäischen Modell nachempfunden. • Internet: www.comunidadandina.org
<p>CARICOM (<i>Caribbean Community</i>, Karibische Gemeinschaft)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 1973 • Mitglieder: Antigua & Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Montserrat, St. Kitts & Nevis, St. Lucia, St. Vincent & die Grenadinen, Surinam, Trinidad & Tobago • Internationale Organisation der karibischen Staaten sowie britischer Überseegebiete. Hervorgegangen aus der Karibischen Freihandelszone (CARIFTA). Kern ist die Wirtschaftsintegration (Gemeinsamer Markt). • Internet: www.caricom.org
<p>MERCOSUR (<i>Mercado Común del Sur</i>, Gemeinsamer Markt des Südens)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 1991 • Mitglieder: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay • Im Beitrittsprozess: Venezuela (Ratifikation durch Parlamente von Brasilien und Paraguay steht noch aus). • Assoziiert: Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Peru • Handels- und Wirtschaftsgemeinschaft südamerikanischer Staaten. Mittlerweile auch mit Ziel der politischen Integration. Seit 2007 existiert ein MERCOSUR-Parlament, das in Zukunft direkt gewählt werden soll. • Internet: www.mercosur.int
<p>SICA (<i>Sistema de la Integración Centroamericana</i>, Zentralamerikanisches Integrationssystem)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 1991 • Mitglieder: Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama • Assoziiert: Dominikanische Republik • Internationale Organisation zentralamerikanischer Staaten mit dem Ziel politischer und wirtschaftlicher Integration. Hintergrund der Gründung von SICA war die (allmähliche) Beendigung der Bürgerkriege in Zentralamerika. • Internet: www.sica.int
<p>UNASUR (<i>Unión de Naciones Suramericanas</i>, Union Südamerikanischer Nationen)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 2007 • Staatengemeinschaft für ganz Südamerika. Hervorgegangen aus der 2004 gegründeten <i>Comunidad Sudamericana de Naciones</i> (Gemeinschaft Südamerikanischer Nationen). Langfristiges Ziel ist eine umfassende politische und wirtschaftliche Integration nach europäischem Modell. Zentrale Institutionen sind die Räte der Staatsoberhäupter und Minister, die jährlich wechselnde Präsidentschaft sowie – in Zukunft – ein Generalsekretär. Konkrete Vorhaben beziehen sich bisher v.a. auf Infrastrukturprojekte. • Mitglieder: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Peru, Paraguay, Surinam, Uruguay, Venezuela

lich belastet (v.a. Bolivien und Venezuela). Aber auch Regierungen, die Deutschland bzw. Europa kulturell und politisch näher stehen (Argentinien, Brasilien, Ecuador), zeigen ein neues, auf demokratische und damit nationale Souveränität ausgerichtete Selbstbewusstsein, das die Fortsetzung einer primär paternalistisch-„helfenden“ Haltung verbietet. Wo, wie markant in Bolivien unter Evo Morales, Vertreter der indigenen Bevölkerung in politisch einflussreiche Sphären aufsteigen, gilt die Prämisse einer europäisch-lateinamerikanischen „kulturellen Nähe“ so nicht mehr; hier sind besondere Sensibilität sowie verstärkte Dialogbemühungen gefragt, besteht doch die Gefahr, dass Deutschland und Europa

als externe Partner der „europäisch-stämmigen“ alten Eliten in interne Auseinandersetzungen hineingezogen werden bzw. gemeinsam mit den USA als „neo-kolonial“ auftretende Mächte durch alternative Partner wie China, Indien oder Russland ersetzt werden.

Neue Kontakte zu neuen Eliten

Der Aufstieg neuer Eliten, hinter dem zumindest teilweise die politische Inklusion bisher marginalisierter sozialer Schichten steht, entspricht grundsätzlich der außen- und entwicklungspolitischen Orientierung auf Demokratisierung und Empowerment,

Déjà vu

Blickt man auf die vergangenen Jahrzehnte zurück, scheint die Aufmerksamkeit der Bundesregierung für Lateinamerika einer Wellenbewegung zu folgen. Der letzte Aufschwung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, der im Lateinamerika-Konzept von 1995 mündete, ähnelt dabei in einiger Hinsicht der gegenwärtigen Situation:

- Triebfeder waren damals wie heute in erster Linie handfeste Wirtschaftsinteressen Deutschlands: Wie in den letzten Jahren durchlief Lateinamerika Anfang der 1990er Jahre eine Phase ökonomischer Erholung nach Jahren der Wirtschaftskrise, die mit einem wieder wachsenden wirtschaftlichen Interesse deutscher Unternehmen einherging. Schon damals galt Asien als ökonomisch und damit politisch bedeutendere Region, aber Lateinamerika doch als zumindest auch wichtig.
- Natürlich diente auch damals der Verweis auf die historische und kulturelle Nähe sowie auf den demokratischen Charakter der meisten lateinamerikanischen Staaten als wichtige Begründung einer zu intensivierenden Zusammenarbeit.
- Dass aber heute auch das Engagement asiatischer Wirtschaftsmächte und namentlich Chinas in Lateinamerika als Begründung eines zu verstärkenden deutschen Engagements in der Region gilt, verweist auf den gewandelten historischen Kontext.

die sich auch Deutschland auf die Fahnen geschrieben hat. Ein Konzept zum außenpolitischen Umgang mit diesen neuen Kräften und Personen ist allerdings noch nicht zu erkennen. Zu den neuen (und auch weiterhin neu entstehenden) Eliten müssen funktionsfähige Arbeitsbeziehungen und ein wechselseitiges Vertrauen teils neu auf, teils zumindest ausgebaut werden. Als Instrumente bieten sich dabei die politischen Stiftungen, die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie der politische Dialog an.

Wenn es darum geht, die Beziehungen Deutschlands zu (potenziellen) neuen Eliten und ihrer Rekrutierungsbasis zu intensivieren, liegt das Instrumentarium der politischen Stiftungen auf der Hand. Auch wenn ihre internationale Arbeit von der Bundesregierung finanziert wird, sind sie politisch lediglich parteinah, nicht aber direkt regierungsabhängig. Aufgrund ihrer pluralistischen, dem deutschen Parteienspektrum nachgebildeten Struktur können Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann-, Heinrich-Böll-, Rosa-Luxemburg- und Hanns-Seidel-Stiftung zudem ein relativ breites Spektrum an Partnerorganisationen und Themen abdecken. Der Wandel in Lateinamerika, der nicht zuletzt mit dem Aufstieg neuer sozialer Kräfte, politischer Außenseiter und neuer sozialer Bewegungen und politischer Parteien einhergeht, hat allerdings die traditionellen Partner der Stiftungen vor Ort (Parteien, Gewerkschaften) unmittelbar getroffen.

Wie Günther Maihold in einem programmatischen Beitrag feststellt, verleitet der Fokus der Stiftungen auf die „Struktur ‚Partei‘“ zur Blindheit gegenüber neuen „Bewegungsparteien“ und die „Bindung an bestehende Eliteformationen“ führt dazu, dass zu lange an etablierten Partnern festgehalten wird. Angesichts des gegenwärtigen Umbruchs in der Region, so Maihold, müssten die Stiftungen „ihre ‚Netze‘ sehr viel breiter anlegen, um die neuen Führungskräfte frühzeitig erschließen zu können“.³ Entsprechende Anpassungen der Stiftungsarbeit sind durchaus zu verzeichnen. Ein gutes Beispiel ist Ecuador, wo die Hanns-Seidel-Stiftung auf eine langjährige Zusammenarbeit mit indigenen Akteuren zurückblicken kann und die Friedrich-Ebert-Stiftung wichtige Kontakte zu neuen sozialen und



Im November 2008 trafen sich die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zu einem Weltfinanzgipfel in Washington, um über globale Antworten auf die Finanzkrise zu beraten. Immerhin drei Länder aus Lateinamerika waren eingeladen: Argentinien, Brasilien und Mexiko.
Foto: Ricardo Stuckert / Presidência da República Federativa do Brasil, <http://www.info.planalto.gov.br>

indigenen Bewegungen aufgebaut hat. Im Kontrast dazu bestanden in Bolivien bis zum Wahlsieg von Evo Morales Ende 2005 keine Arbeitsbeziehungen zu Morales' Bewegungspartei Movimiento Al Socialismo (MAS). Gerade mit Blick auf die Vielfalt und Volatilität der politischen Landschaft Lateinamerikas dürfte es aber weniger sinnvoll sein, alte Partner einfach durch neue zu ersetzen. Vielversprechender scheint ein Ansatz, der auf themenspezifische Dialog- und Diskussionsprozesse unter Beteiligung eines breiten Spektrums politischer und gesellschaftlicher Kräfte setzt. Was es hier zu verstärken gilt, ist nicht die Förderung von Dialog und Diskussion – das tun die Stiftungen ohnehin –, sondern die Öffnung gegenüber einem breiteren Akteurspektrum zu Lasten enger, akteurs- und letztlich personenbezogener Bindungen.

Auch die EZ – und konkret insbesondere die GTZ als diejenige Organisation, die die staatliche Technische Zusammenarbeit umsetzt – besitzt vielfältige Möglichkeiten zum Dialog mit neuen sozialen und politischen Kräften. Generell ist eine regelmäßige Analyse relevanter sozialer und politischer Akteure sowie akuter politischer Konflikte und Themen sinnvoll. Auf dieser Basis sind koordinierte, dialog- und kooperationsorientierte Outreach-Strategien möglich, die frühzeitig auf den Kontakt und die Einbindung neuer Akteure, die Bearbeitung neuer Konflikte und die Aufnahme neuer Themen zielt. Verlangt wäre dafür allerdings eine sehr viel engere Koordination zwischen Entwicklungs- und Außenpolitik unter Beteiligung der politischen Stiftungen. Koordina-

tion heißt nicht, dem Auswärtigen Amt die Funktion der hierarchischen Steuerung von EZ und politischen Stiftungen zu übertragen. Dafür fehlen nicht nur auf Seiten des Amts und seiner Auslandsvertretungen die Kapazitäten. Vor allem würde eine solche außenpolitische Steuerung der eigenständigen Logik von Entwicklungspolitik – als zumindest idealtypisch an den Bedürfnissen der „Zielländer“ orientiertem Unterfangen – offen zuwiderlaufen und den Stiftungen mit ihrer relativen Autonomie und dem internen Pluralismus genau ihre komparativen Vorteile rauben. Sehr wohl möglich ist aber eine horizontale Koordination, die auf Transparenz, Arbeitsteilung und eben eine mit Blick auf wichtige Akteure, Themen und Konflikte systematisch aufgestellte Außen- und Entwicklungspolitik zielt.

Einen dritten Zugang bietet die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, etwa über Goethe-Institute, deutsche Auslandsschulen und die Kooperation im Forschungs- und Hochschulbereich. Zu fragen wäre allerdings auch hier, inwieweit etwa die Angebote der Goethe-Institute, die deutschen Auslandsschulen oder die Kooperation im Forschungs- und Hochschulbereich eine allein auf etablierte Partner und (Bildungs-) Eliten fokussierte Zusammenarbeit vermeiden können und in welcher Weise sie neue Führungskräfte, neue soziale und politische Bewegungen sowie breitere Bevölkerungsgruppen ansprechen könnten. In diesem Kontext bieten sich die Unabhängigkeitsfeiern (*bicentenarios*) in zahlreichen Ländern der Region, die 2010 ihren Höhepunkt erleben, an. Sie bieten eine ideale Gelegenheit,

um die deutschen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsbeziehungen zur Region zu (re-)intensivieren und – mit Blick auf neue Eliten und in der Kooperation mit bisher vernachlässigten Gesellschaftsschichten – zu verbreitern (z.B. über Stipendienprogramme, deutsche Schulen, Kulturangebote und Journalistenprogramme).

Politischer Dialog statt Stigmatisierung

Schließlich bleibt aber auch der politische Dialog zwischen den Regierungen ein zentrales Instrument, um auf höchster Ebene die Grundlagen funktionierender Partnerschaften (Dialogfähigkeit, Anerkennung, Vertrauen) zu legen. Wenig hilfreich ist in diesem Zusammenhang die Differenzierung der Region in mehr oder minder politisch „genehme“ Partner, etwa gemäß der Einteilung Lateinamerikas in „verantwortungsvoll“ und „radikal-populistisch“ geführte Länder. So zählt die Lateinamerikastrategie der Union Chávez (Venezuela), Morales (Bolivien), Correa (Ecuador) und Ortega (Nicaragua) zu einem Lager der „populistischen Regierungen“ – „mit autoritären Zügen“ und „radikal-linkspopulistisch“, wie es an anderer Stelle ergänzend heißt. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach in einem Interview vor ihrer Lateinamerikareise im Mai 2008 von einem „linken Populismus“, der in einigen Ländern zu beobachten sei, und mied folgerichtig bei ihrer Reise nach Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Peru jegliches entsprechend verdächtige Land. Während Merkel zudem betonte, Chávez spreche „nicht für Lateinamerika“, ja nicht einmal für sein eigenes Land, denn „das venezolanische Volk hat mit der Ablehnung des Referendums [...] selbst Position bezogen“ (Frankfurter Rundschau Online, 12.5.2008), sicherte sie dem – selbstverständlich nicht so genannten – „rechten Populisten“ im Präsidentenamt Kolumbiens, Álvaro Uribe, deutsche Unterstützung zu. In weniger expliziter Form, aber mit ähnlicher Logik sprach Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) im Mai 2008 vor dem Deutschen Bundestag von „Ländern wie Mexiko und Brasilien“, die sich darum bemühten, „die Kluft zwischen Arm und Reich [...] zu verringern“, und kontrastierte dies mit den Rezepten „von Hugo Chávez und anderen“.

Solche Versuche der Lagerbildung sind nicht nur kontraproduktiv für den von Deutschland und Europa immer wieder proklamierten Dialog zwischen den Regionen, sie sind auch der weitaus komplexeren Realität in Lateinamerika kaum angemessen. Die Demokratien Lateinamerikas sind quer durch die „Lager“ durch einen populistischen Herrschaftsstil (in Kolumbien wie in Venezuela) sowie durch eine pragmatische Haltung (in Bolivien wie Brasilien) gekennzeichnet. In Brasilien und Chile wie in Bolivien und Venezuela zeigen sich massive Anstrengungen, die Armut zu bekämpfen – mit unterschiedlichen Rezepten, aber auch bei sehr verschiedenen Ausgangssituationen. Spricht man auf Veränderung drängenden Regierungen und ihren Entwicklungs- und Demokratievorstellungen schon grundsätzlich die Legitimität und Zukunftstauglichkeit ab, unterminiert dies systematisch die ohnehin prekäre Basis für eine funktionierende Zusammenarbeit mit den „neuen Eliten“. Dabei wären hier Partnerschaften möglich, die die Staaten der Region nicht nach politisch mehr oder minder „genehmen“ Regierungen staffeln, da es im gegenwärtigen Lateinamerika keine „Mugabes“, kein „Tschetschenien“ und kein „Guantánamo“ gibt.

Erfahrungsaustausch zu neuen Entwicklungsmodellen

Mit Blick auf die Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell bietet es sich an, dass Deutschland und Europa mit Lateinamerika einen offenen Dialog aufnehmen, um ordnungspolitische Vorstellungen und Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung zu suchen. Soll ein solcher Dialog, wie vielfach bemüht, „unter Partnern“ und „auf Augenhöhe“ stattfinden, bedeutet dies zweierlei: Beide Seiten wollen voneinander lernen und keiner kennt den richtigen Weg.

Einen Ausgangspunkt könnte in diesem Sinne die Prämisse einer ergebnisoffenen Debatte über neue Entwicklungsmodelle nach dem Scheitern „des“ Neoliberalismus bilden. Dabei bieten die wohlfahrtsstaatlichen Erfahrungen Kontinentaleuropas einen wichtigen Hintergrund – nicht zuletzt in gemeinsamer Abgrenzung vom Kapitalismus US-amerikanischer Prägung. Zugleich ist aber eine Hal-

Dokumente zur deutschen Lateinamerikapolitik

Auswärtiges Amt 2007: Leitlinien für die deutsche Außenpolitik gegenüber Lateinamerika und der Karibik, Stand: 11.4.2007, www.auswaertiges-amt.de.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2008: Konzept für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik (BMZ Konzepte, Nr. 161).

CDU/CSU 2008: Lateinamerika, Deutschland und Europa: Partnerschaft für das 21. Jahrhundert. Lateinamerika-Strategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 6. Mai 2008, www.cducusu.de.

SPD 2008: Gemeinsame Verantwortung und Zukunft: Lateinamerika und Karibik als strategische Partner für Deutschland und Europa. Lateinamerika-Strategie der SPD, 5. Mai 2008, www.spd.de.

Weiterführende Literatur

Bodemer, Klaus 2006: Lateinamerika und die Karibik. Gedanken zu ihrer Bedeutung für Deutschland und Europa, in: *Lateinamerika Analysen*, Nr. 15, S. 149-197.

Grabendorff, Wolf 2007: Lateinamerika. Viel Demokratie, wenig Staat und kaum sozialer Fortschritt, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, www.fes.de.

Lateinamerika Analysen 2006: Themenschwerpunkt „Deutsche Außenpolitik und Lateinamerika“, in: *Lateinamerika Analysen*, Nr. 15, S. 77-148.

Maihold, Günther 2008: Schwerpunktsetzung, Kohärenz und politische Initiative. Elemente eines neuen Profils deutscher Lateinamerika-Politik, in: *Lateinamerika Analysen*, Nr. 19, S. 189-216.

tung, die Deutschland und Europa als Vorbild proklamiert, unangemessen: Bei aller Asymmetrie zwischen den Regionen blicken beide Seiten auf 20 bis 30 Jahre Strukturanpassungsbemühungen zurück, von denen sich – im Guten wie im Schlechten – wechselseitig lernen lässt. Wenn der gegenwärtige Wandel in Lateinamerika eines unter Beweis stellt, dann dass unterschiedliche wirtschafts- und ordnungspolitische Wege möglich sind, dass es für die Demokratie wichtig ist, dass politische Alternativen gedacht und diskutiert werden. Die gegenwärtige Finanzkrise zeigt nur zu deutlich, dass solche Alternativen dringend gebraucht werden – und dass es der weltweiten Kooperation über den engen Kreis der alten Industrieländer hinaus bedarf.

Den Zielhorizont eines solchen Dialogs hat der EU-Lateinamerika-Gipfel von Lima im Mai 2008 mit den Themenbereichen „Armutsbekämpfung/Soziale Kohäsion“ und „Nachhaltige Entwicklung: Umwelt, Klimawandel, Energie“ grob umrissen. Ein hochaktuelles Großthema wäre zudem die politische Gestaltung der Weltwirtschaft und konkret der Finanzmärkte, wo sich Lateinamerika als Partner für ernst gemeinte Regulierungsanstrengungen geradezu aufdrängt. Nimmt man die proklamierte Idee einer strategischen Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika ernst, wäre dieser biregionale Prozess von einem entwicklungspolitisch auf Hilfe für Lateinamerika fokussierten Austausch zu einem außen- und (welt-)ordnungspolitischen Dialog weiterzuentwickeln. Einem solchen Dialog stehen auf europäischer Seite allerdings

nicht zuletzt eine von mächtigen Partikularinteressen geprägte EU-Handelspolitik (Stichworte: Agrarsubventionen, WTO-plus-Agenda) entgegen.

Abkehr von einer pädagogisch-paternalistischen Haltung

Zudem treten Deutschland und Europa regelmäßig mit einer pädagogischen bis paternalistischen Haltung auf, die darauf zielt, das als richtig erkannte eigene Entwicklungsmodell auch in Lateinamerika zu etablieren und etwa die vom „rechten Pfad“ abkommenden „links-populistischen Etatisten“ wieder einzufangen.⁴ Entsprechend wird „soziale Kohäsion“ als Problem Lateinamerikas behandelt, und nicht als Herausforderung, auf die Europa und Lateinamerika im Zeitalter der Globalisierung gemeinsam nach neuen Antworten suchen. Schließlich birgt die Betonung von Armutsbekämpfung und „sozialer Kohäsion“ die (wohl gewünschte) Tendenz, dass die Frage der Verringerung sozialer Ungleichheiten unter den Tisch fällt. Die soziale Frage, die gegenwärtig in Lateinamerika politisch so virulent ist, ist aber nicht „nur“ durch gezielte Förder- und Sozialprogramme zu stärken, die das Ausmaß der Armut reduzieren und gesellschaftlichen Konflikten vorbeugen. Ziel müsste es sein, die drastischen Disparitäten in Wohlstand und Macht, die Lateinamerika kennzeichnen, aber auch Europa keineswegs fremd sind, durch eine aktive Politik des Empowerment und strukturelle Umverteilungsmaßnahmen zu reduzieren. Empo-

werment heißt, dass sozioökonomisch unterprivilegierte Gesellschaftsschichten die Möglichkeit erlangen, sich gesellschaftlich und politisch zu organisieren, um ihre Interessen und Werte eigenständig zu vertreten. Strukturelle Umverteilung verlangt zum Beispiel progressive Steuerreformen, die die relative Belastung hoher Einkommen, Gewinne und Vermögen anheben.

Der mögliche Einwand, genau in diesen Fragen seien Deutschland und Europa doch eben vorbildlich, beruht auf just der Grundhaltung, die Teil des Problems ist. An dieser Stelle kann nun nicht nachgezeichnet werden, dass auch Deutschland in Fragen des politischen Empowerments marginalisierter Bevölkerungsgruppen sowie der progressiven Umverteilung von Macht und Wohlstand kaum als leuchtendes Vorbild fungieren kann – ein Verweis auf den Armutsbericht der Bundesregierung muss hier genügen. Umgekehrt gibt es zahlreiche politische Innovationen in Lateinamerika, von denen „wir“ ganz konkret lernen können (siehe Randspalte S. 5). Zudem lassen sich natürlich auch negative Lehren ziehen, etwa mit Blick auf die wenig erfreulichen Erfahrungen, die Länder wie Chile und Argentinien mit der Privatisierung ihrer Rentensysteme gemacht haben.

Umgang mit der Schwäche regionaler Organisationen

In Lateinamerika werden der deutschen und europäischen Politik in absehbarer Zeit keine kooperationsfähigen Regionalorganisationen als Partner zur Verfügung stehen. Der lateinamerikanische Nationalismus und die ungebrochene Betonung nationaler Souveränität in der Region werden bis auf weiteres fortbestehen und supranationale Integration, die mehr (Souveränitätsabgabe) als Kooperation beinhaltet, behindern. Diese strukturelle Schwäche der subregionalen Integrationsprozesse in Lateinamerika wird allenthalben erkannt, die EU – und in ihrem Rahmen auch Deutschland – beharren aber gleichwohl darauf, die Kooperation mit der Region prioritär auf regionale Organisationen auszurichten. Damit sollen die Regionalorganisationen zu handlungsfähigen Kooperationspartnern aufgebaut werden, deren (begrenzte) Handlungsfähigkeit man aber für die Kooperation bereits braucht. Dies konstituiert auch des-



Abstimmung für eine neue Verfassung im Januar 2009 in Bolivien: Gut 60 Prozent der knapp vier Millionen Stimmberechtigten sprachen sich für die neue Verfassung aus, die der indigenen Bevölkerung deutlich mehr Rechte zugesteht.

So werden die 36 indigenen „Nationen und Völker“ Boliviens und ihre Sprachen anerkannt, ihre politischen Partizipationschancen gestärkt. Ihnen wird ein Recht auf Autonomie eingeräumt, und die indigene Rechtsprechung wird dem liberalen Rechtssystem gleichgestellt.

Foto: José Luis Quintana / Agencia Boliviana de Información, <http://abi.bo>

halb ein Dilemma, weil Deutschland und Europa kein Interesse daran haben können, die ohnehin schwachen Integrationsbündnisse durch eine offene Abkehr noch zusätzlich zu torpedieren.

Im Sinne einer pragmatischen Balance zwischen Kontinuität und Anpassung wäre eine Fokussierung auf symbolisch-rhetorische Formen der interregionalen Zusammenarbeit bei faktischer Intensivierung bilateraler und variabel-multilateraler Kooperationsformen zu diskutieren. Der Dialog mit Lateinamerika sowie den etablierten Regionalorganisationen bliebe insofern wichtig und sollte auf neue Initiativen wie UNASUR ausgeweitet werden – er ist aber eben dies: ein Dialog- und Verständigungsprozess. Die auf dem ersten Gipfeltreffen der EU und Lateinamerikas in Rio de Janeiro 1999 vereinbarte „strategische Partnerschaft“ hätte in diesem Sinne die Bedeutung einer rhetorisch bewusst überhöhten Kommunikationsbeziehung. Substanzielle politische Initiativen sind dagegen eher mit einzelnen Staaten bzw. mit sich themen- und sektorspezifisch zusammenfindenden Staatengruppen denkbar. So ließe sich die bisher weitgehend symbolische „strategische Partnerschaft“ zwischen Deutschland und Brasilien mit konkreten Kooperationsvorhaben füllen; hier bietet sich der skizzierte (welt-)ordnungspolitische Dialog an, außerdem eine vertiefte Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie. Zugleich geht es darum, Brasilien in seiner Rolle als Stabilitätsanker in der Region zu unterstützen, und es nicht durch prioritäre Behandlung aus dieser herauszulösen – ein Balanceakt. Neben Brasilien sollte Deutschland sicherlich auch gegenüber Mexiko, aber ebenso mit Argentinien, Chile, Kolumbien und (soweit möglich) Venezuela sowie mit den entwicklungspolitischen Schwerpunktländern Bolivien, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Peru ein eigenständiges außenpolitisches Profil aufbauen, das über den durch die EU gesetzten Rahmen hinausgeht. Nur Länder, die auch bilateral ernst genommen werden, stehen biregional und global als Partner zur Verfügung.⁵

Flexible Kooperationspolitik

Die „deutsche Lateinamerika-Politik fortschreitend [zu] europäisieren“, wie es die au-

ßenpolitischen Leitlinien der Bundesregierung vorsehen, ist mithin keine Lösung. Das heißt allerdings nicht, dass Deutschland zu einer rein bilateralen Außenpolitik zurückkehren sollte. Dem widersprechen schon die EU-Einbindung deutscher Außenpolitik sowie knappe außenpolitische Ressourcen für eine Weltregion, die in Relation zu den USA, Asien, Europa und der „europäischen Nachbarschaft“ unter keiner Bundesregierung Priorität erlangen dürfte. Es geht also nicht um große Alternativen, sondern um eine flexible Kooperationspolitik, die sich nicht nach fixen Schemata, sondern nach pragmatischen Handlungserfordernissen und -möglichkeiten richtet. In den Bereichen Drogenbekämpfung, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie physische Integration (in den Bereichen Verkehr und Energie) sind je verschiedene Staatengruppen betroffen und kooperationswillig. Über die flexible Zusammenarbeit mit solchen variablen Staatengruppen lassen sich am ehesten konkrete Beiträge zu Integration und Problembearbeitung erzielen.⁶ Dies gilt ebenso für bilaterale bis regionale Prozesse vertrauensbildender Maßnahmen. Hier gibt es in der Region Erfolgsgeschichten (z.B. zwischen Argentinien und Chile, Argentinien und Brasilien, Ecuador und Peru) und weiteren Bedarf (etwa zwischen Bolivien und Chile, Kolumbien und Ecuador bzw. Venezuela). Schließlich drängt sich die Zusammenarbeit im Feld der internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung auf. Mit Blick auf die nukleare Abrüstung könnte Deutschland die Kooperation mit so engagierten Ländern wie Brasilien und Mexiko deutlich intensivieren – während die Möglichkeiten im Rahmen der EU durch die Präsenz der Atommächte Frankreich und Großbritannien begrenzt sind. Und in den laufenden Verhandlungen im Rahmen der VN zur Kontrolle des Handels mit konventionellen Rüstungsgütern über einen Arms Trade Treaty findet die EU – hier in ihrer Gesamtheit – in Lateinamerika wichtige Partner.

Als handlungsfähige, weltpolitische Partner sind die Regionalorganisationen Lateinamerikas auf absehbare Zeit ungeeignet. Auch deshalb sind stabile bilaterale Kooperationsformen mit zentralen Partnern sowie die themenspezifische Zusammenarbeit mit je spezifischen Staatengruppen sinnvoll. Letzteres setzt funktionierende Beziehungen und Absprachen mit den einschlägigen Ländern

Anmerkungen

- * Ich danke Klaus Bodemer, Marianne Braig, Volker Gutekunst, Annegret Mähler, Günther Maihold, Claudia Zilla und zahlreichen Kolleginnen und Kollegen der HSFK für wertvolle Anregungen und Kommentare.
- 1 Konditionierte Sozialtransfers meinen hier staatliche Direktzahlungen an ausgewählte (von Armut bzw. Arbeitslosigkeit betroffene) Personen und Haushalte, die an bestimmte Erziehungs-, Gesundheits- oder Arbeitsauflagen gebunden sind.
 - 2 Für Überblicke siehe etwa das deutschsprachige Sonderheft „Wie links ist Lateinamerikas Linke?“ der Zeitschrift *Nueva Sociedad* (September 2008) sowie den Themenschwerpunkt „Die lateinamerikanische Linke und die Globalisierung“ der Zeitschrift *Lateinamerika Analysen* (Nr. 17, 2007).
 - 3 Die Zitate entstammen dem als „Weiterführende Literatur“ aufgeführten Artikel von Maihold (S. 205).
 - 4 Siehe hierzu exemplarisch die bereits zitierte neue Lateinamerikastrategie der Unionsfraktion.
 - 5 Damit ist zugleich gesagt, dass dies kein Plädoyer dafür ist, die EU nach dem US-Vorbild auf eine Teile- und Herrsche-Strategie anzusetzen, bei der sie in je bilateralen Handelsabkommen diejenigen Wirtschaftsinteressen durchzuboxen sucht, die sich im Rahmen der WTO nicht (mehr) so einfach durchsetzen lassen. „Bilateral ernst nehmen“ heißt in etwa das Gegenteil: die Länder Lateinamerikas als relevante außen- und weltordnungspolitische Partner behandeln.
 - 6 Diese Überlegung folgt Günther Maihold.

Lateinamerikas voraus. Das heißt auch: Zu den globalen Fragen, bei denen grundsätzlich ähnliche Interessen und Orientierungen bestehen und Lateinamerika „gebraucht“ wird, wären die Partner jenseits des Atlantiks frühzeitig und in aktiver Rolle in deutsche und europäische Meinungsbildungsprozesse einzubeziehen – ganz so, wie es Europa umgekehrt von seinem großen „Partner“ im Norden der Amerikas immer wieder wünscht.

Plädoyer für ein neues außenpolitisches Profil

In den allgemeinen Leitlinien für die deutsche Außenpolitik gegenüber Lateinamerika und der Karibik heißt es zum Thema „Interessenlage und Ziele“: „Die Bundesregierung hält es für vordringlich, zur Konsolidierung der repräsentativen Demokratie und zur Stabilisierung der Volkswirtschaften [in Lateinamerika] ihren Beitrag zu leisten, nicht zuletzt auch, damit sich das Potenzial der Partnerschaft voll entfalten kann.“ Nimmt man die Idee einer (potenziellen) Partnerschaft mit Lateinamerika ernst, wäre es dagegen vordringlich, sich direkt um die Entfaltung dieses Potenzials zu bemühen. Dies beinhaltet, wie gesehen, deutlich mehr als die bestenfalls bescheidene Unterstützung für demokratische Institutionen und Prozesse sowie sozioökonomische Entwicklung, die die Bundesregierung leisten kann. Entwicklungspolitik ist also nicht per se falsch, sie bietet nur keinen angemessenen Rahmen für internationale Partnerschaften mit den Ländern Lateinamerikas, wie sie Deutsch-

land und Europa offiziell anstreben. Hierfür ist ein im breiten Sinne außenpolitisches Profil notwendig, das darauf zielt, gemeinsame Interessen, Werte und Kooperationsmöglichkeiten zu identifizieren und zu verfolgen. Das bedeutet nicht, dass dabei nicht auch unterschiedliche Interessen und Werte mitunter hart aufeinanderprallen können. Diese werden dann aber – als umstrittene, je partikuläre Interessen und Werte – zum Gegenstand von Dialog und Aushandlung. Sie sind kein Hinweis darauf, dass Lateinamerika eben noch ein wenig mehr Nachhilfe benötigt, „damit sich das Potenzial der Partnerschaft voll entfalten kann“.

Auf der Basis einer solchen Neupositionierung lässt sich die Spannung zumindest offenlegen, dass in der entwicklungs- und außenpolitischen Praxis Deutschlands eine auf „Hilfe“ gepolte Haltung zugleich mit der Verfolgung partikularer Interessen verknüpft ist, die in Lateinamerika vor allem

wirtschaftlicher Natur sind. Dass die deutsche Lateinamerikapolitik nicht zuletzt spezifischen Wirtschaftsinteressen folgt, wurde im Rahmen dieses Beitrags weder genauer analysiert, noch war es an dieser Stelle zu hinterfragen. Für eine annäherungsweise partnerschaftliche Beziehung wäre es aber schon ein großer Fortschritt, wenn beide Seiten ihre Partikularinteressen als solche auf den Tisch legten und weniger in „altruistische“ Sorgen um die Attraktivität fremder Investitionsstandorte kleideten.



Dr. Jonas Wolff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HSFK. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Südamerika sowie internationale Demokratieförderung.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 40 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Rüstungskontrolle und Abrüstung“, „Internationale Organisation, demokratischer Friede und die Herrschaft des Rechts“, „Demokratisierung und der innergesellschaftliche Frieden“ sowie zu „Querschnittsaufgaben“; darunter fällt zum Beispiel die Arbeitsgruppe „Kriege demokratischer Staaten seit 1990“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Vermittlung und Information“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der HSFK-Webseite zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und vier weitere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit abgibt.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de
Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332